

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für die Stadt Dessau-Roßlau

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für eine starke Stadt Dessau-Roßlau!

Unsere Kandidaten.
Unsere Ideen. Unsere Ziele.
Seite 3 bis 6

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Gerechtigkeitssinn und »Kümmerer-Gen«

Frank Hoffmann kandidiert im Wahlkreis 27, Dessau-Roßlau-Wittenberg

Frank Hoffmann ist ein stolzer Dessauer. Der heute 56-Jährige ist in der Region tief verwurzelt. »Ich lebe hier, weil ich hier meine familiären, sozialen und kulturellen Wurzeln habe«, betont er. Die Familie sei für ihn sehr wichtig, weil der Familienverband schwierige Situationen kompensieren könne. Gerade in Zeiten der Entsolidarisierung sei die Familie die wichtigste berechenbare Größe – so der Vater von drei Kindern. Frank Hoffmann wurde 1959 in der Bauhausstadt geboren. Stolz ist er auf seine alte Schule, das »Philanthropinum«, wo er sein Abitur erfolgreich ablegen konnte. »Mit unseren Traditionen sollten wir viel mehr wuchern.« Ob die Schule oder das Elternhaus schuld ist, dass Frank Hoffmann einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn hat, weiß er nicht zu sagen. Er sei eben so. Und dass er wohl von seinen Vorfahren ein »Kümmerer-Gen« geerbt haben müsse.

Markenzeichen für Dessau-Roßlau

Schon sein Großvater war Dessauer, betont er stolz, wenn er über seine Heimat spricht: Es gebe hier die Natur – die Flusslandschaften der Mulde und der Elbe. An dieser Stelle gerät der studierte Maschinenbauer richtig ins Schwärmen. Über das Bauhaus, das Theater, die Fahrradtouren durch die Landschaft, den Wörlitzer Park oder über einstige Betriebe kann er viel erzählen. Aber auch über Pionierleistungen wie die erste Flüssigtreibstoffrakete, die in Dessau getestet wurde, Dessau als Wie-



ge von Opel. Das alles mache das vielschichtige industrielle und kulturelle Erbe der Stadt aus. Junkers, Polysius, Weill, Moses Mendelssohn und Basedow



»sind Markenzeichen unserer Stadt. Wer zur kulturellen und Industriegeschichte – überhaupt zur Historie dieser Stadt und der sie umgebenden Region Zugang findet, wird gerade diesen Reichtum schätzen.« Doch er fügt hinzu: »Mir ist jedoch klar, dass nur der den Blick auf dieses Umfeld genießen kann, bei dem die persönliche soziale Situation es erlaubt.«

Ein Mann mit viel Alltagspraxis

Auch oder gerade deshalb ist für Frank Hoffmann DIE LINKE letztlich die Partei, die sich mit vielem beschäftigt, das mit den Worten sozial und gerecht zu beschreiben ist. »Und deshalb kandidiere ich wieder und möchte weiter für meine Region streiten«, kommt es kurz und knackig von dem vitalen 56-Jährigen. Die Region brauche weiterhin einen Abgeordneten der LINKEN im Landtag. Seit 1990 ist Frank Hoffmann politisch in Dessau tätig. Seit 1994 sitzt er im Stadtparlament seiner Stadt. Er ist Mitglied des Landesvorstandes und des Landesausschusses der LINKEN und aktuell Abgeordneter des Landtages, Sprecher für Verkehrspolitik.

Die Verkehrspolitik war für ihn Neuland, »aber einer muss sich ja bei der Aufgabenteilung in einer Fraktion um diese Themen kümmern«, sagt er pragmatisch. Bundesverkehrs-

wegeplan, ÖPNV, Radverkehrswegeplan, Landesstraßenbaubehörde, das sei wie ein neues Grundstudium gewesen.

Die Motivation für seine Kandidatur zum Landtag 2011 entsprang seinem beruflichen Alltag. Frank Hoffmann arbeitete bei einem großen Bildungsträger und bemühte sich redlich, für die dortigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Perspektiven zu eröffnen. »Insofern war meine Arbeit eigentlich auch immer begleitet von politischen Themen. Ich lebe Politik, ich führe ein politisches Leben«, sagt Frank Hoffmann. Nicht nur nach seiner Beobachtung wurden Betroffene durch die Agenturen und durch die Jobcenter in einen umfangreichen »Maßnahmentourismus« geleitet, wo man schnell erkennt, warum die offiziell gemeldeten Arbeitslo-



senzahlen nie wirklich die echten Zahlen sind. »Ja, es gibt Fachkräftemangel, aber wenn ich mir ansehe, wie viele, auch gerade junge Menschen entweder gar keine Arbeit bekommen oder auf befristeten Arbeitsverträgen sitzen, wenn ich sehe, dass es Lehrlinge gibt, die zwar ihre Prüfung bestehen und ihre Lehre erfolgreich abschließen und dann doch keine Anstellung bekommen, weil sie jetzt das Unternehmen richtig Geld kosten, dann verkommt diese Diskussion zur Farce.«

Viele Unternehmen suchten Menschen, die sozusagen willfährig sind, am besten Praktikanten oder Zeitarbeiter. Dass wir als LINKE solchen »Arbeitsmodellen« kritisch gegenüberstehen, ist klar. Was wohl die

beste Investition in Richtung Fachkräfte sei, fragt sich auch Frank Hoffmann. Eine ordentliche Berufsausbildung. Und für eine Berufsausbildung seien eine ordentliche Schulbildung und Berufsorientierung wichtig und Betriebe, die selbst ausbilden.

Flagge zeigen gegen Rechts

Sein Wahlkreis, das weiß auch Frank Hoffmann, hat es in sich. Aber er ist ein Kämpfer: »Ich habe Herrn Dr. Haseloff als Mitbewerber im Wahlkreis und den früheren Anhalt-Zerbster Landrat und ehemaligen Innenminister Herrn Hövelmann von der SPD. Dazu noch Conny Lüdde- mann, die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt. Also an Konkurrenz durch Prominenz kein Mangel. Was mir aber Sorgen macht, sind die unverhohlenen rechts und teilweise sehr radikalen und extremistischen Parteien aus dem Spektrum NPD und AfD.« Und weil Frank Hoffmann ein Mann der praktischen Politik war und ist, setzt er Prioritäten. Wenn »rechts« meint, die Straße für sich zu vereinnahmen, dann heißt das für ihn »Aufstehen und gegenhalten«.

»Jetzt, da uns so viele Menschen erreichen, die vor rassistischer und religiöser Verfolgung und vor allem vor Krieg fliehen, meinen diese ewig Gestrigen, sich mit ihren Parolen und mit dem Schüren von Ängsten als politische Alternative empfehlen zu können. Aber das war schon einmal und wird wieder eine Sackgasse. Klar sind Menschen



verunsichert, wissen nicht von vornherein, wie wir das stemmen, aber die eigentlich Schuldigen sind die Waffenexporteure und die vermeintlichen Entwicklungshelfer, die sich letztlich an der Ausbeutung der dritten Welt beteiligt haben und an diesen Konflikten verdienen.«



Demokratie braucht Transparenz

Die Menschen vor Ort müssen einbezogen werden. Sie brauchen Antworten auf Fragen und Ansprechpartner, aber weder Sozialneid noch Hasstiraden. »Eine andere Politik als die Agenda 2010, konsequenter Mindestlohn ohne Hintertüren, Arbeitsmarktprogramme, die nachhaltigen Menschen in Arbeit bringen, und gerechte Steuern, dass auch Einkommensmillionäre etwas von ihrem Reichtum abgeben, den sie durch anderer Hände Arbeit einstreichen, da will ich hin.« Die Frage des jetzigen Ministerpräsidenten, wonach eventuell die Flüchtlinge unterhalb des Mindestlohnes beschäftigt werden könnten, spiele nur falschen Häschern von rechts in die Hände. »Gerecht geht anders.«

Aber bei allem, was uns politisch inhaltlich von den anderen demokratischen Parteien unterscheidet, hier sei der Schulterchluss von Demokraten gefordert, sagt Frank Hoffmann. Wer das demokratische System eigentlich ablehnt und trotzdem in das Parlament drängt, der habe etwas anderes vor, als die Interessen der Menschen zu vertreten. »Wo diese Blender auftreten, müssen wir Flagge zeigen!«



Höchste Zeit für ein Umdenken in der Verkehrspolitik

Frank Hoffmann diskutierte mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen



Wo steht die Verkehrspolitik in Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl? Um über diese Frage zu diskutieren, hatte der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Verkehrspolitikerinnen und -politiker der Landtagsfraktionen nach Magdeburg eingeladen. Damit war ein guter Rahmen für den Aus-

tausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik und Fachleuten geschaffen und mit Heiner Monheim einer der profiliertesten Verkehrsexperten Deutschlands für die Diskussion gewonnen. Der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im

auf dem Podium für einen starken öffentlichen Nahverkehr. Mobilität bedeute Teilhabe für jeden einzelnen Menschen. »Angesichts steigender Energiepreise, stagnierender Einkommen und einer alternden Gesellschaft müssen wir uns fragen, wie wir den Menschen in unserem Land diese Teilhabe zukünftig ermöglichen können. Das alte Dogma, alles für das Auto zu tun und nur das Nötigste für die Schiene und den öffentlichen Verkehr, bringt uns an dieser Stelle nicht weiter«, erklärte der Verkehrspolitiker.

Die Bilanz dieser Landesregierung spricht Bände: Millionenschwere Autobahnneubauten stehen verfallenen Rad- und Fußwegen sowie ausgedünnten und abgestellten Strecken im ÖPNV gegenüber. Das widerspricht neuen Mobilitätsbedürfnissen, denn längst will oder kann sich nicht mehr jeder ein eigenes Auto vor die Tür stellen. Und es widerspricht zentralen klima- und sozialpolitischen Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen. Es sei deshalb, so Frank Hoffmann, höchste Zeit für ein Umdenken in der Verkehrspolitik in Richtung eines attraktiven und zuverlässigen ÖPNV. Die sinkenden Bundesmittel für den Regionalverkehr auf der Schiene überlagerten die De-

batte. Nach dem Kompromiss, dem Ministerpräsident Haseloff zugestimmt hat, fehlen Sachsen-Anhalt in den kommenden 15 Jahren bis zu 900 Millionen Euro im Schienenverkehr. Diese Kulisse ist bedrohlich für den ÖPNV in Sachsen-Anhalt. Die Hoffnung auf Nachbesserungen bei diesem faulen Kompromiss teilten die meisten der An-

wesenden im Saal. Gleichzeitig müsse die Situation ein Weckruf sein, die Diskussion um ergänzende Finanzierungswege und alternative Bedienformen noch stärker voranzubringen. Mit den Verkehrsbetrieben stehen dem Land und den Kommunen starke Partner für diese Diskussion zur Seite, auch das war ein positives Signal des Abends.



Kunst und Kultur sind Bausteine für Identität

In Dessau gibt es viele emotionale Erinnerungen an den Kristallpalast

Wie keinen anderen Veranstaltungsort in unserer Heimatstadt verbinden viele Dessauerinnen und Dessauer ihren Kristallpalast mit äußerst emotionalen Erinnerungen. Zu diesen zählen unter anderem erste Erfahrungen und Schritte auf dem Tanz-

parkett, erste Blicke mit der späteren Angetrauten, unvergessliche Programme der Karnevalsgesellschaft GELB/ROT. Ein Ort, der so tief in der Dessauer Seele verankert ist, hätte eine neue Chance verdient. Aber auch als krönender Abschluss

der Zerbster Straße wäre das Projekt »Kongress- und Veranstaltungszentrum« städtebaulich mehr als sinnvoll. Oft wird von Defiziten bei alter und neuer Dessauer Identität gesprochen, hier war sie präsent. Nun hat sich unser Anhaltisches Theater dieser Historie angenommen und das mit großem Erfolg. Der Intendant machte dabei eine auch für ihn besonders emotionale Erfahrung, als nach der Veranstaltung Menschen mit Tränen in den Augen und mit ehrlichen Worten der Rührung ihr Empfinden ausdrückten und sich tatsächlich an frühere Jahre erinnert fühlten.

Ich habe mich ebenfalls erinnert: an die Tage des Kampfes um die Sicherung der Finanzierung des Theaters mit Haushaltsmitteln des Landes und auch an die Beibehaltung des Vierspartentheaters. Ich weiß noch, wie wir die Mahnwachen des Theaters unterstützten, als wir nachts mit Kaffee und Kuchen oder mit selbstgeschmierten Broten vor dem Theater saßen und jedem, der vorbe-



kam, erklärten, was wir da taten und dass wir es ernst meinten mit unserem Kampf. Kunst und Kultur sind wesentliche Bausteine für die Identität und die Attraktivität unserer Stadt Dessau-Roßlau, aber auch der gesamten Region. Das Luther-

jubiläum 2017 liegt direkt vor uns, gefolgt vom Bauhausjubiläum 2019. Das sind wichtige Faktoren auch für die wirtschaftliche Lage, und deshalb lohnt sich das Engagement dafür.

Ihr Frank Hoffmann





»Ich will Menschen zum Hierbleiben veranlassen«

Interview mit Ralf Schönemann, Direktkandidat im Wahlkreis 26

Warum kandidierst du für den Landtag?

Nach 25 Jahren kommunalpolitischer Erfahrung möchte ich landespolitische Akzente setzen. Häufig stehen politische Ansätze von Kommune und Land im Widerspruch. Leidvoll erfährt dies zum Beispiel das dritte Oberzentrum Dessau-Roßlau. Mein Ziel ist, sowohl Verständnis für Probleme unserer Stadt zu entwickeln als auch eine Brücke für das kreisfreie Oberzentrum zu bauen.

Welches sind deine drei Hauptziele im Wahlkampf?

Erstens, das Konzept Bauhausstadt dazu zu nutzen, dem dritten Oberzentrum mehr lokales, nationales und internationales Ansehen zu verschaffen. Zweitens, dem kreisfreien Oberzentrum eine Zukunft zu geben. Drittens, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze für Dessau-Roßlau zu organisieren.

Das Wichtigste in diesem Zusammenhang: Die Ergebnisse meiner Arbeit sollen Menschen ernähren und sie zum Hierbleiben veranlassen.

Woraus schöpfst du den Mut und die Kraft, diese Ziele anzugehen, obwohl

in der aktuellen Landespolitik das dritte Oberzentrum kaum stattfindet?

Erstens nehme ich den Mut und die Zuversicht daraus, dass unser Land vor einem Politikwechsel steht. Aus dieser Tatsache ergibt sich der Auftrag, eine andere, neue Politik zu gestalten. Ich persönlich setze in diesem Zusammenhang auf eine klare, allgemein verständliche Sprache und eine Politik, die lebensnah und alltagstauglich ist. Deshalb gilt es, die Sorgen und Nöte der Menschen in unserer Stadt und in unserem Land ernster zu nehmen. Wir haben politische Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen, die das Leben der Menschen erleichternd begleiten. Ich nenne ein paar Beispiele, wie das aussehen kann:

Durch die Nutzung kommunaler Strukturen soll kommunales Eigentum geschützt werden. Zu den Strukturen zählen Stadtwerke, Städtisches Klinikum, Anhaltisches Theater. Dass hier die Bürgerinnen und Bürger nicht machtlos sind, haben meine Partner und ich bereits zweimal durch Bürgerentscheide (2004) und Bürgerbegehren (2008) unter Beweis gestellt. Eine bezahlbare

Infrastruktur kann gestaltet werden, wie am Beispiel der Bürgerprojekte im Straßenbau Mittelstraße in Kleinkühnau und Hagenbreite in Törten deutlich wird.

Konkrete Hilfe für Vereine durch persönliche aktive Unterstützung, wie im Fall Finekeller, ist möglich. Der Eigentümerwechsel sicherte hier 120 Kindern und Erwachsenen des Vereins SHOWTIME, 35 Modelleisenbahnern, 50 Keglerinnen und Keglern und der Szene-Kultureinrichtung (Cadillac) das Überleben ihres Treffpunkts. Die Sicherung des Fortbestandes des Jugendtreffs in Kochstedt ist ein ebensolches Beispiel. Genau wie die Quartiersarbeit durch eine Orts- und Stadtteilentwicklungskonzeption. Hierdurch konnten soziale und kulturelle Infrastruktur in Kleinkühnau unterstützt werden sowie der Neubau des Kindergartens Pusteblum oder die konzeptionelle Einbindung der Grundschule »Hugo Junkers« in ein Projekt Kinder- und Jugendzentrum für den Ortsteil.

Du hast Höhen und Tiefen erlebt. Welches sind für dich die eindrucksvollsten Ergebnisse deiner Arbeit?

■ Die Kraft der Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern bei kommunalen Entscheidungen am Beispiel Stadtwerke (Bürgerentscheid)

■ der mit überwältigender Mehrheit gefasste Beschluss für einen Masterplan Bauhausstadt Dessau und die Standortentscheidung sowie der Wettbewerb zum Bau eines Bauhausmuseums für Dessau in Vorbereitung des 100-jährigen Jubiläums 2019

■ die Gründung des Eigenbetriebes DEKITA als gleichwertiges Unternehmen im Kollektiv städtischer Beteiligung.

Eine negative Erfahrung ist, dass die Eingemeindung des Wörlitzer Gartenreichs in den historischen Bestand der Stadt Dessau nicht gelungen ist. Die Landespolitik

hat den Willen der Mehrheit trotz des Bürgerentscheides ignoriert.

Kurz und knapp zusammengefasst, welche Schwerpunkte für deine politische Arbeit siehst du?

Ich trete vor allem ein für

- bezahlbares Wohnen
- sozialverträgliche Gebühren und Abgaben
- gleiche Bildungschancen für jeden, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, und mehr Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher
- Integration mit Herz und Verstand
- Sicherheit für eine offene Gesellschaft.

Das Interview führte Hans-Joachim Pätzold.



Lieder gegen das Vergessen



Kaum ein Datum hat deutsche Geschichte so beeinflusst wie der 9. November. Mit dem Tag der Maueröffnung am 9. November 1989 verbindet sich für viele Menschen ein Gefühl von Freiheit und Selbstbestimmung. Auch wenn Enttäuschungen nicht ausblieben, markiert dieser 9. November ebenso wie die Novemberrevolution 1918 einen demokratischen Aufbruch der Deutschen. Aber der 9. November steht auch für unendliches Leid. Bereits zum 22. Mal fand im vergangenen Jahr an diesem Tag anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht

die Veranstaltung »Lieder gegen das Vergessen« in der Dessauer Marienkirche statt. Eingeladen hatte auch diesmal der Stadtverband DIE LINKE. Dessau-Roßlau mit seinem Vorsitzenden Frank Hoffmann an der Spitze, das Alternative Jugendzentrum (AJZ) aus Dessau und die Interessengemeinschaft »Lieder gegen das Vergessen«, deren Vorsitzender Ralf Schönemann durch das Programm führte.

Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 gehört zu den dunkelsten Kapiteln deutscher Geschichte. Vor 77 Jahren brannten in der Nacht zum

10. November in ganz Deutschland Synagogen, auch die in Dessau. Abertausende jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger waren gewalttätigen Exzessen ausgesetzt, sie wurden diskriminiert, gedemütigt, verfolgt, ermordet, in Konzentrationslager verschleppt, ihre Wohnungen zerstört, ihre Geschäfte geplündert. Vielen blieb keine andere Wahl, als ihre Heimat zu verlassen, vor den Faschisten ins Ausland zu fliehen.

Die Erinnerung an dieses grausame Unrecht, an die furchtbaren Verbrechen ist enorm wichtig. Und das Gedenken von erschre-

ckender Aktualität. Denn wieder gibt es Menschen, die andere ausgrenzen, anfeinden, diskriminieren, angreifen, mit dem Tode bedrohen. Wir alle kennen die Bilder von brennenden Flüchtlingsheimen, von ausländerfeindlichen Demonstrationen und Kundgebungen, von Anschlägen auf Unterkünfte der Geflüchteten. Aber es gibt auch viele, die Rassismus, Rechtsextremismus, Hass, Gewalt und Intoleranz entgegenreten, wo immer es gilt, Haltung und Gesicht zu zeigen. Auch DIE LINKE. Auch in Dessau. Auch mit den »Liedern gegen das Vergessen«.

Eine Stadt mit Zukunft

Es gibt eine Vision für Dessau-Roßlau, und gute Politik kann diese Vision Wirklichkeit werden lassen



Die Bilanz: sieben Jahre kommunalpolitische Arbeit für Dessau-Roßlau und Kleinkühnau. Vieles konnte ich gemeinsam mit anderen verändern und umsetzen. Es gibt eine Vision. Die Vision von der Bauhausstadt, die Lebensort und Anziehungspunkt ist. Die all ihre Ressourcen für das Wohl aller zu nutzen weiß. Nie zuvor wurde in Dessau-Roßlau eine solch intensive und breit angelegte Diskussion über die Zukunft geführt. Im Ergebnis dieser Diskussion entstanden Konzeptionen wie das Leitbild, das integrierte Stadtentwicklungskonzept und der Masterplan Bauhausstadt. Projekte wie die Reparatur der Meisterhäuser, die Sanierung des Schlosses Georgium, das Besucherzentrum Bauhaus und das Ausstellungszentrum Bauhaus wurden entwickelt, sind in Vorbereitung oder werden gerade realisiert. Die ganze Stadt ist in Bewegung. Sicherlich gibt es auch weniger erfreuliche Geschichten, aber wann je zuvor außer in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es solche Impulse für die Stadt?

Nicht befriedigend sind natürlich die gegenwärtige Wirtschaftskraft und das Steueraufkommen unserer Stadt. Aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass Dessau-Roßlau seine Chance bekommt. Diese Chance dann auch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen, dazu möchte ich auch künftig einen Beitrag leisten. Was konstruktive Politik, die viele Akteurinnen und Akteure einbezieht, Menschen motiviert und langfristig denkt, zu leisten vermag, daran sei mit einigen Beispielen erinnert:

- die Sicherung des Finekeller-Hauses (Cadillac)
- das Bürgerprojekt Mittelstraße Kleinkühnau
- die Grundschule »Hugo Junkers« und die Kita Pustelblume in Kleinkühnau
- das Anhaltische Theater hat eine Zukunft.

Ich war Mitglied der Arbeitsgruppe »Kleines Vierspartenhaus statt kleines Musiktheater«. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Gelungen ist die haustarifliche Sicherung der Personalkosten mit persönlichem Beitrag jedes Theatermitarbeiters. Es wurde ein Konzept für ein kleines Vierspartenhaus durch den Intendanten und das Personal erarbeitet, denen großer Dank dafür gebührt. Das war eine gute Antwort auf die destruktive Diskussion des Kultusministeriums in Magdeburg, auch auf die Betrachtung des Projektes »Ring der Nibelungen« in der Bauhausstadt Dessau. Hier vereint sich aufklärerische Tradition mit der klassischen Moderne. Wir halten dieses Projekt für eine gelungene künstlerische Antwort auf die einseitig geführte Diskussion über Geld für Kultur in unserer Stadt und im Land Sachsen-Anhalt.

Die Y-Häuser sind Bauhausstadt

In dieser Legislaturperiode war ich Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. In einer gemeinsamen Aktion mit meinem Fraktionskollegen Hans-Joachim Pätzold, dem Mieterrat der Y-Häuser, dem Dezernenten für Bauwesen

und Stadtentwicklung, der DWG und dem Unternehmer Karl-Wilhelm Geissel konnten wir 2013 die Y-Häuser vor dem Abriss bewahren. Unsere Y-Häuser sind ein Beispiel für die Architektur des 20. und 21. Jahrhunderts. In dieser Zeit sind auch Stadtbezirksbeiräte entstanden – eine konstruktive Antwort auf die erhebliche Nachfrage nach Mitbestimmung der Bürger und Bürgerinnen in ihren Wohnvierteln. Ab Januar 2016 werden fünf Stadtbezirksbeiräte mit sieben Mitgliedern ihre Arbeit aufnehmen.

Ereignisse mit Ausstrahlung über die Region hinaus

Das Hugo-Junkers-Fest wird zur Marke und hat sich von einem Ortsfest zum Regionalfest entwickelt. Als Ortsbürgermeister und Vorsitzender des Kultur- und Heimatvereins e.V. in Kleinkühnau habe ich 2004 gemeinsam mit anderen die Tradition der Flugplatzfeste neu aufleben lassen. Damals wusste noch keiner, dass diese Feste zehn Jahre später zu einem festen Bestandteil regionaler Identität würden. Nun sind sie es. Mit der JU 52 als Symbol für die Stärke technologischer Erfolge der Stadt Dessau prägt heute der Flugplatz-Stammtisch (ein Bündnis freiwilliger Vereine um das Thema Hugo Junkers) das neue Gesicht dieses beliebten jungen und alten Regionalfestes.

Dank an die Mitglieder des Stammtisches, den Kultur- und Heimatverein Kleinkühnau e.V., den Ortschaftsrat Kleinkühnau, die Flugplatz Dessau GmbH der DVV Stadtwerke, den Fliegerclub Hugo Junkers e.V., den THW-Ortsverband Dessau, das Technikmuseum Hugo Junkers e.V., den Anhaltischen Verein für Luftfahrt e.V., den Fallschirmsportverein e.V. und die Amateurfunkstation DKOZAB!

Ortsbürgermeister arbeiten zusammen

Der Jugendtreff Kochstedt hat einen neuen Träger. Der Verein »Zu Hause in Kochstedt e.V.«

hatte die Trägerschaft über den Jugendtreff zum 31. Dezember 2014 aufgelöst. Als langjähriger Verantwortlicher des Vereins für den Betrieb der Einrichtung und als neu gewählter Ortsbürgermeister von Kochstedt war Hans-Joachim Pätzold bestrebt, so schnell wie möglich einen neuen Träger zu finden. Leider war das Interesse von Vereinen zur Übernahme einer Trägerschaft sehr verhalten, womit ein nahtloser Übergang nicht zustande kommen konnte. Seit März 2015 ist nun die Einrichtung durch den Kultur- und Heimatverein Dessau Kleinkühnau e.V., dessen Vorsitzender ich bin, als Folgeträger übernommen worden. Der Trägerwechsel ist dank der Zusammenarbeit auch mit dem Jugendamt der Stadt Dessau-Roßlau schnell und komplikationslos vollzogen worden. Für die Kinder und Jugendlichen ist das ein großer Gewinn, haben sie doch weiterhin einen Ort, an dem sie sich treffen können und wo ihnen Angebote für die Freizeitgestaltung unterbreitet werden. Nun braucht der Verein etwas Zeit, um in dem neuen Betätigungsfeld »offene Jugendarbeit« Erfolge zu erzielen. Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass es sich lohnt, Visionen zu entwerfen, Projekte zu entwickeln und zu realisieren. Zum Wohle der gesamten Stadt Dessau-Roßlau.

Ihr Ralf Schönemann



Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückler, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückler: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückler: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückler: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückler: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschaffender bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiden Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



